Nr. 98. XXXIV. Jahrgang

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 22. Februar 1905

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Der Hannoversche Senat gibt nach.

Graf Bülow hat vor einiger Zeit, als er einmal wieder gegen die Sozialdemokratie polemisierte, den hübschen Vers zitiert: „Und willst Du nicht mein Bruder sein, so schlag' ich Dir den Schädel ein." Die ungewöhnlich ungeschickte oder ungewöhnlich schlecht beratene Leitung der Technischen Hochschule in Hannover bevorzugt den umgekehrten Weg. Erst geht sie in der schärfsten Weise gegen die Studentenschaft der Technischen Hochschule war, löst den Ausschuß der Studentenschaft auf, beschlagnahmt seine Kasse, relegiert das Mitglied des Ausschusses Heile und droht einem anderen Mitgliede Zimmermann die Relegation an. Und nachdem in dieser Weise der Studentenschaft der Schädel eingeschlagen worden ist, bieten Rektor und Senat der Studentenschaft die Bruderhand an.

Allerdings lag der Knüppel beim Hunde. Denn es drohte die Gefahr, daß in Hannover russische Zustände einrissen. Die Studenten begannen demonstrativ zu streiken. Gestern zogen sie in großen Scharen zur Hochschule, betraten diese aber nicht, sondern hielten sich eine Viertelstunde demonstrativ vor ihr auf. Der Rektor Geheimrat Dr. Barkhausen las vor drei Hörern. Als er aus dem Hörsaale trat, wurden Mißfallenskundgebungen laut. Der Rektor soll dann sich an die dort versammelten Studenten gewandt haben mit der Aeußerung des Bedauerns, daß die Studentenschaft von unlogisch denkenden Personen schlecht beraten und verleitet worden sei. Immerhin hat der Senat die Konsequenzen aus den unleidlichen Zuständen gezogen. Am schwarzen Brett der Hannoverschen Hochschule war gestern Abend folgende Bekanntmachung angeschlagen:

Zur Wiederherstellung des akademischen Friedens hat die Gesamtheit der Abteilungskollegien eine Kommission, bestehend aus den Herren Geh. Regierungsrat Prof. Dr.-Ing. Launhardt, Geh. Baurat Prof. Stier, Geh. Regierungsrat Prof. Fischer, Prof. Dr. Rinne und Prof. Dr. Ost, gewählt, welche bereit ist, mit der Studentenschaft in Verbindung zu treten. Alle hierauf bezüglichen Bekanntmachungen wird die Kommission an dieser Stelle erlassen.

Hannover, 21. Februar 1905.

Der Rektor der Technischen Hochschule.
gez. Barkhausen.

Weiter veröffentlicht dieser Professorenausschuß am schwarzen Brett folgende Aufforderung:

Der von den Abteilungskollegien heute gewählte Ausschuß bittet die Studentenschaft, aus ihrer Mitte Vertrauensmänner, etwa elf, zu wählen mit dem Auftrage, mit uns zur Wiederherstellung des akademischen Friedens und der alten guten Beziehungen in Verbindung zu treten.

Hannover, 21. Februar 1905.

Launhardt, Vorsitzender.
Hermann Fischer. H. Stier. H. Ost. F. Rinne.

Das heißt mit anderen Worten, daß jetzt die Studentenschaft ihrerseits einen neuen Ausschuß wählen solle. Es ist wohl selbstverständlich, daß sämtlichen frühere Mitglieder des aufgelösten Ausschusses nun zu Vertrauensmännern gewählt werden. Damit kehren die Dinge zu dem Punkt zurück, auf dem sie vor Monatsfrist standen. Und doch nicht ganz. Denn die Verbitterung innerhalb der Studentenschaft läßt sich natürlich nicht von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Auch der „Hann. Kur." meint, es werde nicht leicht sein, die erregten Wogen zu glätten. Er schreibt weiter:

„Bei der Stimmung der Studentenschaft kann es nicht wunder nehmen, daß dem Rektor Geheimrat Barkhausen gestern aus der Mitte der versammelten Studierenden, als er von der Möglichkeit neuer Verhandlungen sprach, ein „Zu spät!" zugerufen wurde. Die Hochschulbehörde wird sich entschließen müssen, manchen Mißgriff rückhaltlos zu redressieren, um das Vertrauen der Studierenden wieder zu gewinnen. Inzwischen haben sich aus der Mitte der Dozentenschaft bereits von neuem Stimmen geltend gemacht, die kundtun, daß der Lehrkörper der Hochschule gegenüber den neuesten Vorgängen keineswegs eines Sinnes gewesen ist, so die beglaubigte Aeußerung eines bekannten Professors, der bis vor kurzem Vorsteher seiner Abteilung war, zu den versammelten Studierenden: er halte die Relegation Heiles für einen unpraktischen und unklugen Schachzug und habe sich am Sonnabend gegen diese Maßregelung mit Händen und Füßen gesträubt. Den einzigen Ausweg aus diesem Konflikt sehe er darin, daß der Herr Rektor und ein Teil des Senats ihre Aemter niederlegen. Ein anderes Mitglied derselben Abteilung hat sein Einverständnis mit der Haltung der Studierenden dadurch bekundet, daß er sich weigerte, vor den wenigen Hörern, die sich eingefunden hatten, zu lesen. Gegen diesen Herrn sollte allerdings bereits ein — Disziplinarverfahren schweben, weil er schon nach der Auflösung des Ausschusses gelegentlich einer ihm von den Studenten bereiteten Ovation seine Mißbilligung des Vorgehens von Rektor und Senat ausdrücklich bekundet hatte. Der gestrige Schritt enthebt die Herren an der Spitze der Hochschule vielleicht der auch von einem Teile ihrer Kollegen empfundenen Notwendigkeit, ihre eigenen Personen aus dem Streite auszuschalten. Voraussetzung dazu wird aber sein, daß sie nunmehr dasjenige Verständnis für die „Imponderabilien" geistiger Natur zu gewinnen bemüht sind, das ihr bisheriges Vorgehen vermissen ließ."

Wir gönnen es den Hannoverschen Hochschullehrern, daß sie jetzt darum „bitten" müssen, daß der von ihnen aufgelöste Studentenausschuß wiederhergestellt wird. Aber man darf nicht vergessen, daß ihr Fehler nur in einer zu großen Nachgiebigkeit gegen höhere Wünsche bestand. Die Urheber des Anschlages auf die akademische Freiheit sind im preußischen Kultusministerium zu suchen. Und mit diesen muß zuallererst abgerechnet werden.

* * *

Der gestern Abend von dem gesamten Lehrkörper der Technischen Hochschule in Hannover gewählte Ausschuß zur Beilegung der Hochschulzwistigkeiten hat am schwarzen Brett folgenden Anschlag veröffentlicht:

Der Ausschuß der Professoren erblickt wie die Studentenschaft in der Wahrung der überlieferten akademischen Freiheit, die aus der Eigenart deutschen Wesens sich entwickelt hat, eine Grundbedingung für das Gedeihen der Hochschule, insbesondere erkennt der Ausschuß das volle Recht der Studentenschaft, in ihren Versammlungen akademische Fragen zu erörtern, entsprechende Anträge bei den Hochschulbehörden zu stellen, und sich in allen studentischen Angelegenheiten mit anderen Hochschulen zwecks Meinungsaustausches in Verbindung zu setzen.

Heute Nachmittag findet der Auszug der gesamten Studentenschaft Hannovers nach Hildesheim statt.

× **Heidelberg**, 22. Februar. (Privat-Telegramm.) Geheimrat Kuntius, der neue Prorektor der hiesigen Universität, begrüßte beim gestrigen Fackelzug die Studentenschaft und pries dabei die akademische Burschenfreiheit.

* Der Januar 1905 wird, so schreibt die „Arbeitsmarktkorr.", in der Geschichte der **Arbeiterbewegung** schon um deswillen eine bleibende Bedeutung haben, weil noch nie innerhalb eines Monats eine solche Masse von Arbeitern im **Streik** gestanden hat wie im Januar. Man wird nicht zu hoch greifen, wenn man die Zahl der ausständigen Arbeiter für den Monat Januar 1905 mit circa einer halben Million annimmt. Der Schauplatz dieser umfangreichen Streiks waren vor allem Deutschland und Rußland. An dem Generalausstand der Ruhrbergleute beteiligten sich allein 200,000 Arbeiter. Im Gegensatze zu dem unruhigen Verlauf der Streiks in Rußland zeigte sich in der Durchführung des Streiks der Ruhrbergleute eine so überraschende Ruhe und Disziplin, daß die Bekundung dieser Eigenschaften auch den Gegnern des Streiks Anerkennung abzwang. Die Streikbewegung in Rußland ist weniger auf wirtschaftliche Ursachen als vielmehr auf politische Motive zurückzuführen. In Petersburg standen Mitte des Monats schätzungsweise mehr als 90,000 Arbeiter im Streik. Die blutigen Vorgänge des 22. Januar bildeten das Signal zu dem Umgreifen der Streikbewegung auf alle Industriestädte des russischen Reiches. In Moskau, Libau, Riga, Reval, Baku, Odessa, Saratow, vor allem aber in den Städten des Königreichs Polen brach der Generalausstand los. In Lodz streiken von etwa 150,000 Arbeitern mindestens 100,000. In Warschau stieg die Zahl der Streikenden gleichfalls bis auf die nämliche Höhe. Fast überall kam es zu blutigen Zusammenstößen der Streikenden mit dem Militär. Da sich die Streiks weniger gegen die Fabrikanten als gegen das Verhalten der Regierung richteten, so war es nur natürlich, daß zahlreiche Arbeitgeber mit den Streikenden sympathisierten. Versuche des Militärs, auf die Arbeitgeber dahin einzuwirken, daß sie auch mit ganz geringer Arbeiterzahl weiter arbeiteten, wurden durch die ablehnende Haltung der Arbeitgeber vereitelt. Gegenüber der lawinenartig angeschwollenen Streikbewegung in Deutschland und Rußland war die Zahl und der Umfang der Ausständigen in allen übrigen Ländern verschwindend. Einige größere Streiks fanden in den nördlichen Ländern statt. Ein ganz eigenartiger Ausstand spielte sich in Norwegen ab, wo in Lörvik ein Streik scheinbar damit geendet hatte, daß sämtliche Plätze mit Arbeitswilligen besetzt wurden. Die Streikenden glaubten den Ausstand schon definitiv verloren zu haben, als plötzlich die Arbeitswilligen mit den Fabrikanten in Differenzen gerieten. Der Streik der Streikbrecher wurde so zu einer willkommenen Unterstützung der kämpfenden Arbeiterschaft.

* Von einer neuen, im Interesse des **reisenden Publikums** getroffenen Maßnahme des Eisenbahnministers wird uns aus Posen berichtet:

Die Eisenbahndirektion Posen hat an alle Bahnhofswirte ihres Bezirks eine Verfügung gerichtet, in der ausgeführt wird:

„Im Eisenbahndirektionsbezirk Stettin haben die Bahnwirte eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Reisenden bei Entnahme von Bier, Selterswasser, Limonaden und dergleichen die Bierbecher und Flaschen gegen ein Pfandgeld von 10 beziehungsweise 15 Pfennig mitnehmen und die leeren Gefäße dem Bahnhofswirte jeder anderen Station gegen Rückerstattung des Pfandgeldes zurückgeben können. Diese Einrichtung liegt im Interesse des reisenden Publikums, und es erscheint erwünscht, sie auf alle Direktionsbezirke auszudehnen. Der Herr Minister hat daher die königliche Eisenbahndirektion Berlin beauftragt, sich mit der Leitung des Verbandes der deutschen Bahnhofswirte wegen der Art und Weise, wie diese Einrichtung zweckmäßig zu gestalten sein wird, in Verbindung zu setzen."

Das Ergebnis dieser Verhandlungen soll den Bahnhofswirten mitgeteilt werden. Ferner wird in der obigen Verfügung darauf hingewiesen, daß behördlicherseits beabsichtigt wird, bei günstigem Ergebnis der Verhandlungen mit dem erwähnten Verbande einheitliche Gläser und Flaschen einzuführen.

Es bedarf keines besonderen Nachweises, daß diese Neuerung für das reisende Publikum von Wert ist. Die Unbequemlichkeiten, die daraus vielleicht hier und da den Bahnhofswirten erwachsen könnten, sind nicht so groß, als daß der Verband der Bahnhofswirte deshalb sich gegen die Neuerung ernstlich sperren sollte.

* Man schreibt uns aus Würzburg: Als am Sonnabend Abend die hiesige Studentenschaft dem neuernannten **Erzbischof Dr. Abert**, bisher Professor der Theologie an der hiesigen Universität, einen Fackelzug darbrachte, an dem sich die sämtlichen Studentenkorporationen, einschließlich der schlagenden Verbindungen, beteiligten, hielt der Erzbischof eine **interessante Ansprache.** Er bekannte sich darin als begeisterter Anhänger des Friedens unter den Konfessionen und als ein warmer Verteidiger der akademischen Freiheit. Unter anderem hob der Erzbischof in seiner Ansprache hervor, es bereite ihm eine ganz besondere Freude, daß sämtliche Korporationen sich zu der Ovation zusammengefunden und geeint hätten, alles vergessend, was sie trennen könnte. Mit Bezug auf die akademische Freiheit führte er aus, daß sein Herz immer warm für die deutsche Hochschuljugend geschlagen habe, wie eben nur Deutschland sie kenne; er sei der festen Ueberzeugung, daß der gärende, schäumende und manchmal auch überschäumende Most akademischer Freiheit sich doch immer wieder zum kostbaren Weine gewissenhafter

Die Vierländerecke.

Ein Bild von der deutschen Westgrenze.

Von [Nachdruck verboten.]

Heinrich Lee.

Es war an einem kühlen klaren November-Sonntagmorgen, als ich von Aachen zu einem kleinen Spaziergang über Land aufbrach — in der Richtung auf die nahe südwestliche Landesgrenze. Vor mir auf der Landstraße blauten in der Ferne die sanften Höhen der Ardennen, zur Linken öffnete sich eine fruchtbare Talmulde, und zur Rechten stand goldbraun der Wald. Nach einem etwa zweistündigen Marsch sah ich einen kleinen Flecken vor mir, der eigentlich nur aus einer einzigen Straße bestand, das war Altenberg, der Ort, der unlängst wegen seiner Spielbank zu so plötzlicher Berühmtheit gelangt ist. Die Spielbank war nun freilich wieder verschwunden, und in der Straße herrschte eine Ruhe, die durch nichts mehr an den Trubel, der hier geherrscht haben mochte, erinnerte. Was einem aber trotzdem in dem Orte auffällt, das sind die abenteuerlich vielen Gastwirtschaften und drei Apotheken. Wozu brauchen die paar Altenberger soviel Apotheken? Die Erklärung ist die, daß Altenberg bekanntlich neutrales Gebiet ist. Die Gastwirtschaften bedürfen keiner Polizeikonzession, und da man in Altenberg mit der Möglichkeit rechnet, eines Tages preußisch zu werden, und in Preußen für eine Gemeinde von kaum 3000 Einwohnern nur höchstens eine Apotheke privilegiert wird, so spekuliert man darauf, daß der preußische Staat bei einer Besitzergreifung Altenbergs die beiden anderen Apotheken zu einem erklecklichen Summchen wird ablösen müssen. Ich besah mir zunächst das Haus, das den Spielsaal hergegeben hat. Es ist ein dürftiges kleines Hotel, ganz am Ende der Straße, der famosen Galmeigrube gegenüber, die im Jahre 1814 als ein sowohl von Preußen wie von Belgien begehrtes Besitztum mit den Grund dazu geboten hat, daß beide Staaten darüber übereinkamen, diesen Zipfel Landes als neutral anzuerkennen und durch je einen Kommissar sich nur die gemeinsame Oberhoheit darüber zu wahren.

Der Wirt des Hotels sprach natürlich mit großer Erbitterung von dem schnellen Ende, das man der Bank bereitet hatte, und das man bloß dem preußischen Kommissarius verdanke, während der belgische keinen Finger dazu gerührt hätte. Da Altenberg unter dem Code Napoleon steht, und man alle die Bedingungen, die dieser für die Etablierung eines Spielsaales vorgesehen hat, getreulich zu erfüllen sich verpflichtete, so bildet das preußische Verbot nach Meinung dieses Mannes einfach einen Gewaltstreich, zumal da der preußische Kommissar, der zufällig auch preußischer Landrat ist, nur auf Befehl seines preußischen Vorgesetzten, des Aachener Regierungspräsidenten, damit vorgegangen ist. Aber was hat sich Altenberg um preußische Regierungspräsidenten zu kümmern? Sicherlich wäre — immer nach der Ueberzeugung dieses Mannes — das Verbot nicht gekommen, wenn die belgische Gesellschaft, die den Spielsaal hier gegründet, nicht vergessen hätte, auch einige preußische Finanzleute mitzubeteiligen. Was wäre durch den Spielsaal Altenberg geworden! Durch den Vertrag mit der Gesellschaft hätte die Gemeinde drei Prozent des Bruttogewinnes mit einer monatlichen Anfangsgarantie von 2000 Francs erhalten. Schon sollten neue Trottoirs gelegt werden, schon war ein vierspänniger Omnibusverkehr mit Aachen eingerichtet, schon wurde eine elektrische Bahn bis Aachen geplant, da — kaum daß die Herrlichkeit siebzehn Tage gedauert hatte — kam das Verbot. Ohne daß die Gesellschaft, die übrigens dieselbe ist, welche die Spielsäle von Ostende und Namur gegründet hat, die mindeste Reklame vorher gemacht hatte, trafen doch schon am Tage der Eröffnung die Spieler mit Windeseile aus aller Herren Länder ein, die Aachener Hotels waren überfüllt, und die Aachener Kutscher hielten eine goldene Ernte. Dabei war genau wie in Monte Carlo den eigenen Landeskindern das Betreten des Spielsaales verboten. Aber selbst das nutzte nichts. „Die Preußen nehmen sich eben alles heraus!" so schloß mein Erzähler seine Klage.

Altenberg ist nur der Name des Ortes und des kleinen Bergwerksgebietes; die Landgemeinde, in die Altenberg gehört, heißt Moresnet, und so gibt es ein Neutral-Moresnet, ein Preußisch-Moresnet und ein Belgisch-Moresnet. In der Tat befindet sich Neutral-Moresnet oder, wie es hier zu Lande nur genannt wird, „Neutral" in einer üblen Lage. Während es Preußen und Belgien gegenüber einer Menge Pflichten unterliegt, genießt es von den Rechten der Staatsbürgerschaft dieser Länder so gut wie nichts. Nur die Nachkommen der im Jahre 1814 in Neutral ansässig gewesenen Bewohner sind vom Militärdienst befreit, wogegen die Nachkommen der seit 1814 aus Preußen oder Belgien Zugezogenen in den betreffenden Staaten stellungspflichtig sind. Während alle Waren von Preußen oder Belgien zollfrei in Neutral eingeführt werden, muß umgekehrt Neutral für eine Menge Dinge, die es über die beiden Grenzen bringt, Zoll entrichten — selbst für die Wurst, die eine Mutter in Neutral zu Weihnachten ihrem den deutschen Waffenrock tragenden Sohn schickt. Diese Zollverhältnisse sind auch der Grund dafür, daß sich in Neutral keinerlei Industrie entwickeln kann. Dazu die Lasten für die Schule und andere Einrichtungen, welche die Gemeinde ohne Staatsbeihilfe ganz allein tragen muß. Kein Wunder, daß die Bewohnerschaft Neutrals von dem sehnlichen Wunsch erfüllt ist, einer solchen Art von Selbständigkeit möglichst bald verlustig zu gehen und Preußen oder Belgien einverleibt zu werden, wodurch man auch